

Wer hat vor zwei Staaten in Palästina Angst? Mit zwei Kommentaren zur Lage

Im Interview mit der „International New York Times“ am 20. Dezember 2014 hat Amos Oz befürchtet, dass in Israel das Gefühl wachse, zu einem „*isolierten Ghetto*“ zu werden, das „*genau das ist, was die Gründungsväter und -mütter für immer hinter sich zu lassen hofften, als sie einen liberalen und anti-messianischen Staat Israel schufen*“. Wenn es keine zwei Staaten gebe – Israel an der Seite Palästinas –, werde es bald einen Staat geben. Oz fährt fort. „*Wenn es einen Staat gibt, wird es ein arabischer Staat sein. Die andere Option ist eine israelische Diktatur, wahrscheinlich eine religiös-nationalistische Diktatur, welche die Palästinenser unterdrückt und die jüdische Opposition unterdrückt.*“ Der erste Schritt sei die Unterzeichnung des Friedens „*mit zusammengebissenen Zähnen*“ und danach ein Vertrag, der langsam und schrittweise auf die Deeskalation beider Seiten hinarbeite.

Der Politologe Shlomo Avineri wurde mit dem Satz zitiert: „*Wir wachen jeden Morgen mit irgendeiner neuen Drohung auf, die er [Benjamin Netanjahu] gefunden hat. Wir haben genug davon.*“

Abschließend zitiert das Blatt Machmud Zahhar, einen der politischen Wortführer von „*Hamas*“, mit den Worten: „*Israel wird ausgelöscht werden, weil es ein Fremdkörper ist, der nicht in unser Gebiet gehört, weder geschichtlich noch religiös.*“

Quelle: Roger Cohen: What Will Israel Become?, in „International New York Times“ 20.12.2014.

Ari Shavit: Das versäumte Versprechen Israels 2014

Ari Shavit ist einer der bekanntesten israelischen Kolumnisten. Als Monographie ist 2012 von ihm erschienen „My Promised Land“ erschienen.

Am 25. Dezember 2014 hat Ari Shavit beklagt, dass 2014 das Scheitern der Verhandlungen unter Leitung von US-Außenminister John Kerry, die Vertiefung der Besatzung und der Schrecken des Gaza-Krieges mit mehr als 70 israelischen und mehr als 2.000 palästinensischen Toten die Zwei-Staaten-Lösung begraben hätten. Die Unfähigkeit israelischer und palästinensischer Gemäßigter, ernsthaft und praktisch zusammenzuarbeiten, hätte in die Hände der Extremisten auf beiden Seiten gespielt. Statt einen neuen kreativen und realistischen Prozess zugunsten der Zwei-Staaten-Lösung in die Wege zu leiten, würde das Land weiter in den Sumpf der binationalen Feindschaft sinken. Der wirtschaftliche Erfolg, die Luftwaffe, die Trennungsmauer, der Inlandsgeheimdienst, der Schutzschild des „Iron Dome“, die Hightech-Blase, die Naturgas-Funde und das Bodeneigentum hätten den Eindruck vermittelt, dass es keine arabische Welt, keine Palästinenser, keine Siedlungen und keine Besatzung um Israel herum gebe. Der Wohlstand reite auf dünnem Eis. 2015 sei eine tiefe, scharfe politische Wende bei den Wahlen vonnöten. Das furchteinflößende Phänomen aus Netanjahu, Lapid, Bennett und Lieberman dürfe sich nicht wiederholen, auch wenn die Auswechslung des Personals nicht ausreiche. Die israelische Republik müsse neu definiert und neu geschaffen und die Heimat neu aufgebaut werden.

Quelle: Ari Shavit: The failed promise of Israel 2014, in „Haaretz“ 25.12.2014.

Akiva Eldar: Ja, ich rufe die Welt zur Intervention auf

Am 26. Dezember 2014 ließ Akiva Eldar, bis zum Eintritt in den Ruhestand „Senior Editor“ der Zeitung „Haaretz“, keinen Zweifel

daran, was er von der israelischen Öffentlichkeit, der Europäischen Union und von den USA politisch erwartet.

„Bei jedem Treffen mit einem europäischen Abgeordneten oder einem amerikanischen Diplomaten sage ich, dass es niemandem, dem die Zukunft Israels am Herzen liegt, erlaubt ist, sich gegen eine Initiative zu stellen, die das Ende der Okkupation näherbringt. Ja, ich weiß, dass meine Position der Politik meiner gewählten Regierung widerspricht. In jedem Gespräch mit einem jüdischen Aktivisten aus den Vereinigten Staaten oder einem jüdischen Freund aus Belgien sage ich, wenn ich nach meiner Meinung zum Gesetz für einen jüdischen Nationalstaat gefragt werde, das von meinem Ministerpräsidenten vorgelegt wurde, dass es ein antidemokratisches Gesetz ist, das ein Fünftel der israelischen Staatsbürger ihrem Land entfremdet.

Ja, ich weiß, dass das vorgelegte Gesetz von einer Mehrheit der Abgeordneten der 19. Knesset unterstützt und dass die Chancen gut stehen, dass es von der 20. Knesset verabschiedet wird. Bei jedem Treffen mit einem Menschenrechtsaktivisten aus Übersee äußere ich meine Meinung, wenn ich nach dem sogenannten Anti-Infiltrationsgesetz gefragt werde, dass dieses Gesetz von Übel ist, rassistisch und verachtenswert. Und ich habe nicht vergessen, dass es von einer Mehrheit der Stimmen in der Knesset, soweit sie an der Abstimmung teilgenommen haben, verabschiedet wurde. ...

Ich habe den französischen Außenminister Laurent Fabius für seine bedeutende Rede in der Nationalversammlung gelobt, als er erklärte, dass die Zeit gekommen sei, den Spielen des ‚Friedensprozesses‘ ein Ende zu setzen und die israelische Besatzung so schnell wie möglich zu beenden.

Ich stehe an der Seite der mehr als 1.000 patriotischen Israelis, die in einer Petition das Parlament in Europa aufgefordert haben, Palästina

anzuerkennen und Israel vom Übel der Besatzung zu retten. Wenn nur eine Million Israelis ihre Unterschrift neben jene von A.B. Yehoshua, Amos Oz und David Grossman setzen würden! Wenn nur die Europäer, Amerikaner und der Rest der Welt dem Aufschrei jener guten Menschen hören und fühlen würden! Immer wenn die Araber oder Iraner damit drohen, Israel Schaden zuzufügen, geht die Regierung des Landes daran, die Völker der Welt anzuklagen. Wenn die Vereinigten Staaten einen Baustopp in den Siedlungen verlangen, beeilt sich die Rechte, sich der jüdischen Lobby in den Vereinigten Staaten und der evangelikalen Spender des Siedlungsunternehmens zu versichern.

Der Ministerpräsident Israels hat eine Zeitung [*„Israel Ha-Yom“*], die von einem ausländischen Spielhöllen-Tycoon [*Sheldon Adelson*] und seiner aus Israel ausgewanderten Frau finanziert wird. Unter Führung Europas haben auf Israels Verlangen die Geberstaaten in den vergangenen 20 Jahren die Besatzung finanziert¹. Bis 1994 waren die israelischen Steuerzahler für die Gehälter der Lehrer, der Polizei und der Ärzte in den besetzten Gebieten² verantwortlich. Seit die Palästinensische Autonomiebehörde die [*israelische*] Militärbehörde abgelöst hat, haben die Gebernationen über 100 Milliarden Shekel³ an die Autonomiebehörde überwiesen. Ja, 100.000.000.000, da fehlt keine weitere Null. ...“

¹ Am 01.10.1993 – zwei Wochen nach der Prinzipienklärung („Oslo I“) – stellte die internationale Geberkonferenz in Washington den Palästinensern erstmals 2,1 Milliarden US-Dollar zu Verfügung.

² Für Meron Benvenisti, den stellvertretenden Bürgermeister Jerusalems zwischen 1971 und 1978 an der Seite Teddy Kolleks und dann Mitte der 1980er Jahre Autor des „West Bank Data Project“, mit dem er die These zu belegen suchte, dass die Siedlungspolitik nicht mehr rückgängig zu machen sei, ist die Bezeichnung „besetzte Gebiete“ irreführend, weil sie den Eindruck einer historisch vorübergehenden Zeitphase vermittelt.

³ Nach heutigem Umrechnungskurs rund 21,8 Milliarden Euro.

Quelle: Akiva Eldar: Yes, I call on the world to intervene, in „Haaretz“
26.12.2014.
